

**Bericht über die 23. Konferenz des Clubs
FORUM
vom 01.11. bis 04.11.2007 in Berlin**

Donnerstag, 1. November 2007

Gleich am ersten Abend nach der Ankunft der Konferenzteilnehmer fand eine gemeinsame Alumniveranstaltung von DRF, DAAD und Club FORUM im Großen Forum der Commerzbank AG statt.

Zum Thema »**Junge Eliten fördern – Aber wie!?**« diskutierten am 1. November im Commerzbank Forum deutsche und russische Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft. Moderiert von einem langjährigen Club FORUM-Mitglied, der **ZDF Redakteurin Ruth Wimmer**, die zunächst den nicht unproblematischen Begriff »Elite« klärte, ging die Diskussion von der Feststellung aus, dass es sowohl an russischen als auch an deutschen Universitäten große Qualitätsunterschiede gibt, was die Ausbildung und den Bezug zur Wirtschaftspraxis betrifft.



Professor Wilfried Bergmann vom DAAD hielt es, insbesondere mit Blick auf die Einführung der Studiengebühren, für wichtig, gerade an den staatlichen Universitäten für Qualität zu sorgen. Und dazu gehört, betonte **Professor Hans-Gerd von Dücker** von der privaten European Business School, dass gerade im wirt-

schaftlich-technischen Bereich ein großer Teil der Dozenten aus der Praxis kommen müsse.

Professor Gennadij Pawlichin, Prorektor der Staatlichen Technischen Bauman-Universität Moskau, betonte das gute Verhältnis von Theorie und Praxis an seiner Universität. So seien Praktika während des Studiums Bestandteil des Studienplans.

Der **Unternehmensberater Georg Schneider**, ebenfalls Mitglied des Clubs FORUM, konnte aufgrund seiner Erfahrung als kaufmännischer Direktor eines Bosch-Produktionsbetriebes in Saratow berichten, dass russische Arbeitnehmer sehr motiviert seien und durch ihre extreme Leistungsbereitschaft sehr schnell in Führungspositionen gelangten. Andrej Baluchtin, Geschäftsführer der Tanklagerbetriebsgesellschaft mbH, bestätigte dies und führte es auf den hohen Leistungsdruck und eine höhere Unsicherheit des Arbeitsplatzes in Russland zurück.



Auf die Frage der Moderatorin zu Sinn und Zweck von Netzwerken, betonten die Experten einstimmig deren Wichtigkeit. Hier werde von den Teilnehmern geleistet, was von übergeordneter Seite nicht geleistet werden könne, nämlich eine engere Vernetzung von Nachwuchs und Wirtschaft. Dabei stellten sie fest, dass die in Eigeninitiative entstandenen Netzwerke wie Dialog e.V., die Vereinigung deutscher und russischer Ökonomen, sowie der Club FORUM des

Deutsch-Russischen Forums sehr stabil seien, da sie sich aus den Wünschen der Nutzer heraus bildeten und sich mit ihrem Angebot weiterhin eng an deren Bedürfnissen orientierten.

Zur Vernetzung untereinander konnte auch diese Veranstaltung beitragen, zu der nicht nur die Alumni des Deutsch-Russischen Forums, sondern auch Mitglieder von Dialog e.V. und Studierende der Berliner Hochschulen gekommen waren.

Freitag, 2. November 2007

Am Freitag Vormittag gingen die Konferenzteilnehmer zu einer **Exklusivführung durch den Reichstag und Besuch der Kuppel**.

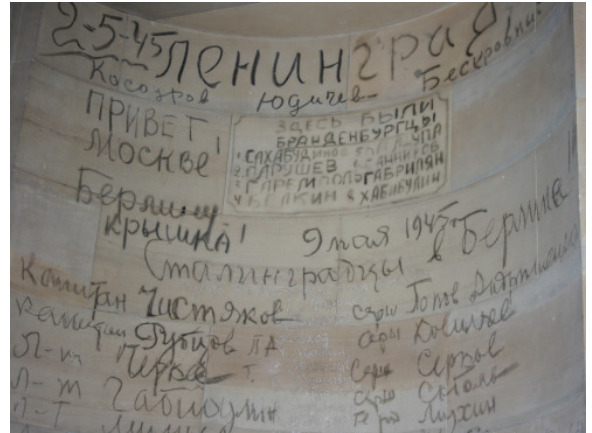


Das Reichstagsgebäude in Berlin – Schauplatz deutscher Geschichte, erbaut von 1884 bis 1894 nach dem Entwurf des Architekten Paul Wallot, war im Krieg stark beschädigt und von 1954 bis 1961 unter der Leitung des Architekten Paul Baumgarten wieder aufgebaut worden.

Nach dem grundlegenden Umbau durch den Architekten Sir Norman Foster in den Jahren 1995-1999 hat Deutschland wieder einen würdigen Parlamentssitz, der sich nicht zuletzt wegen der begehbaren Glaskuppel zu einem echten Publikumsmagneten entwickelt hat.

Ein besonderes Thema während der Führung waren die russischen Inschriften im Reichstag, die während der letzten Kriegstage im Kampf um Berlin entstanden. In diesen Tagen konzentrierte sich das Feindfeuer auch auf das Reichstagsgebäude. Es wurde heftig umkämpft. Für die Rote Armee galt das Reichstagsgebäude das Machtzentrum der Na-

zis und dieses musste unbedingt erobert und wenn möglich zerstört werden. In Wahrheit hatte Adolf Hitler allerdings niemals ein ernstes Interesse an dem Wallot-Bau.



Stockwerk um Stockwerk wurden unter schweren Verlusten von der Roten Armee erobert und am 3.5.1945 wurde zum Zeichen des Sieges auf der Reichstagskuppel die Rote Fahne gehisst. Während der Kämpfe wurden ca. 1 Millionen Geschosse und Granaten auf das Reichstagsgebäude abgefeuert, wodurch es schwer beschädigt wurde.

In den Tagen nach den Kampfhandlungen verewigten sich die russischen Soldaten mit ihren Schriftzügen auf den Mauern und Wänden im Reichstagsgebäude. Für ihre Inschriften verwendeten sie verkohlte Holzstücke. Nach Kriegsende stand das Reichstagsgebäude lange Zeit unbeachtet abseits des Geschehens, bis der Platz vor dem zerstörten Reichstagsgebäude für Kundgebungen (Bsp. Blockade Berlins) genutzt wurde. Nachdem die Bundesregierung 1955 beschlossen hatte, das Gebäude wieder aufzubauen, wurde zunächst ein Testaufbau vorgenommen. Im Jahre 1961 begann schließlich der Architekt Paul Baumgarten mit dem Auf- und Umbau des Reichstagsgebäudes. Hierbei wurden viele russische Inschriften entfernt oder durch Putz und Verschalungen abgedeckt.

Erst beim neuerlichen Umbau durch Sir Norman Foster von 1996 bis 1999 wurden die Schriftzüge auf den Wänden bei den Entkernungsarbeiten wiederentdeckt. Sir Norman Foster war es auch, der sich in der Diskussion,

ob die „Schmierereien“ entfernt werden sollten oder nicht, durchsetzen konnte. So kann man heute auch diesen Teil der deutschen Geschichte im Reichstagsgebäude besichtigen.

Nach der Besichtigung der russischen Inschriften im Reichstag empfing **Karl-Georg Wellmann, Mitglied des Bundestages und des Auswärtigen Ausschusses**, die Konferenz-Teilnehmer zum Gespräch.



Der Auswärtige Ausschuss ist ein von der Verfassung privilegierter Ausschuss. Er gehört zu den vier Ausschüssen, die das Grundgesetz fest vorschreibt. Als klassischer politischer Ausschuss begleitet er die auswärtige Regierungspolitik vor allem im Vorfeld wichtiger außen- und sicherheitspolitischer Entscheidungen. Grundsätzlich arbeitet er hinter verschlossenen Türen. Denn seine Beratungsthemen sind hochsensibel. So beraten seine Mitglieder federführend, ob die Bundesregierung deutsche Soldaten zu Auslandseinsätzen entsenden darf.

Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland ist traditionell Aufgabe der Bundesregierung. Sie wird auf parlamentarischer Ebene durch die Abgeordneten des Deutschen Bundestages begleitet. Klassische Themen der „parlamentarischen Außenpolitik“ sind neben der Kontrolle des Handelns der Bundesregierung etwa die Beteiligungsrechte bei völkerrechtlichen Verträgen, Rechtsetzungsakte der Europäischen Union und internationale Einsätze der Bundeswehr. Aber auch die Förderung der Demokratie und der Menschenrechte, von Frieden und Stabilität und der Dialog der Kulturen erfordern zunehmend den Erfahrungsaustausch und

die Kontaktpflege zwischen den Parlamenten und mit internationalen Organisationen. Die Parlamente übernehmen auf diesen Gebieten eine wichtige Rolle als Multiplikator für die Zivilgesellschaft.

Dank der Organisation Berliner Clubmitglieder von der Landesbank Berlin tagten die aus ganz Deutschland und Russland angereisten Alumni auch an einem weiteren exklusiven Ort, und zwar im Max Liebermann Haus am Brandenburger Tor.

Ulrich Ficht, Abteilungsleiter Exportfinanzierung Landesbank Berlin, begrüßte die Teilnehmer der Club Forum Konferenz und gab eingangs einen kurzen Überblick über das historische Gebäude, das zurzeit als Sitz der Landesbank Berlin dient und berichtete ferner über die Aktivitäten der Landesbank Berlin AG.



Die Geschichte des historischen Liebermann-Hauses spiegelt die Ereignisse der letzten beiden Jahrhunderte in Deutschland wider. Im Jahr 1844 wurde das Haus vom Schinkel-Schüler August Stüler erbaut. Mit seiner sachlichen Architektur wirkte das dreigeschossige Haus auf seine Zeitgenossen klar und nüchtern. Auf Wunsch des preussischen Königs Friedrich Wilhelm IV. wurde dafür gesorgt, dass das Haus das Brandenburger Tor nicht überragte. Aus Gründen der Symmetrie erhielt das Brandenburger Tor vom gleichen Architekten auf der anderen Seite ein architektonisches Pendant. Als Max Liebermann 1893 in das Haus am Pariser Platz Nr. 7 einzog, gehörten zu seinen Nachbarn

preußische Großgrundbesitzer, alter und neuer Adel, Industrielle sowie die Französische Botschaft. 1933 wurde Max Liebermann Arbeitsverbot erteilt, woraufhin er aus der Preußischen Akademie der Künste, deren Präsident er bis dahin war, austrat. 1935 starb Max Liebermann in seinem Haus am Brandenburger Tor. Acht Jahre später fiel das Haus einem Bombenangriff zum Opfer. Das heutige Max Liebermann-Haus wurde nach dem Fall der Mauer und der wiedergewonnenen Einheit Deutschlands im Sinne einer "kritischen Rekonstruktion" durch Paul Kleihues in Anlehnung an das historische Vorbild wieder aufgebaut.



Die Landesbank Berlin AG ist eine Universalbank mit Sitz in der deutschen Hauptstadt. Das Geschäftsmodell basiert auf drei Säulen: dem Privatkunden- und Firmenkundengeschäft, bei dem die Bank als innovatives kundennahes Institut eine herausragende Stellung einnimmt, dem Kapitalmarktgeschäft, bei dem die Bank ausgewählte Aktivitäten offeriert sowie dem Immobilienfinanzierungsgeschäft, das bundesweit auf die Anforderungen von Investoren und Wohnungsbaugesellschaften ausgerichtet ist.

Die Landesbank Berlin Girozentrale wurde – nach dem Ende der Teilung Deutschlands und Berlins – am 1. Oktober 1990 als Anstalt öffentlichen Rechts gegründet. Zeitgleich wurden die über 45 Jahre in Ost und West getrennten Sparkassen der Stadt auf die Landesbank Berlin überführt und bilden seither wieder die einheitliche Berliner Sparkasse. In der Tradition geht die LBB sogar auf die Berliner Sparkasse von 1818 zurück, denn Vorläuferin der heutigen LBB ist die im Jahr 1920 eingerichtete Abteilung „Giro-

zentrale“. Zum 1. Januar 2006 wurde die Landesbank gemäß dem neuen Berliner Sparkassengesetz vom Sommer 2005 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Gleichzeitig hat das Land Berlin die Landesbank Berlin AG mit der Trägerschaft für die öffentlich-rechtliche Berliner Sparkasse beliehen. Die Berliner Sparkasse wird nun als Niederlassung der Landesbank Berlin AG geführt.

Lothar de Maizière, der letzte Ministerpräsident der DDR, nun aktiv im Deutschen Lenkungsausschuss des Petersburger Dialogs, berichtete nach einem Mittagessen auf Einladung der Landesbank Berlin in einem packenden Vortrag von den deutsch-russischen Beziehungen kurz vor und nach der Wiedervereinigung. De Maizière war bereits 1996 auf der 1. Clubkonferenz, damals ebenfalls in Berlin, aufgetreten. Von den seinerzeit rund 30 ist der Club inzwischen auf 260 Mitglieder angewachsen.



Dr. Olaf Kühn, der in der Berliner Senatskanzlei als Russland-Referent des Regierenden Bürgermeisters arbeitet, erzählte anschließend über die Aktivitäten des Landes Berlin mit Osteuropa, insbesondere über die intensive partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Berlin und Moskau zu den Themenfeldern Stadtentwicklung, Denkmalpflege, behindertengerechtes Wohnen, Gebäudesicherheit, Verkehr und Grünplanung.

Im August 2007 wurde die Absichtserklärung der Stadt, eine Kooperation im Bereich Stadtentwicklungsplanung mit dem Generalplaninstitut Moskaus einzugehen, unterzeichnet.

Ziele der Kooperation sind u. a. der Austausch zu Fragen der städtebaulichen Planung, Methodik und Praxis. Außerdem sollen Praktika für Nachwuchsfachkräfte der jeweiligen Verwaltungen in der Partnerstadt ermöglicht werden.

Am Ende des intensiven Programms für Freitag stand die **Besichtigung des berühmten Mauermuseums Checkpoint Charlie**.

Der Checkpoint Charlie war einer der bekanntesten Berliner Grenzübergänge zwischen 1945 und 1990. Er verband in der Friedrichstraße Ecke Zimmerstraße den sowjetischen mit dem US-amerikanischen Sektor sowie die Berliner Bezirke Mitte (Ost) und Kreuzberg (West).

Der Checkpoint war Schauplatz spektakulärer Fluchten aus dem damaligen Ost-Berlin. Besonders tragisch war der Tod des DDR-Flüchtlings Peter Fechter, der 1962 vor den Augen westlicher Beobachter verblutete.

Heute zählt der Checkpoint Charlie zu den bekanntesten Sehenswürdigkeiten der Stadt Berlin. Neben dem erwähnten Kontrollpunkt kann man hier das Mauermuseum, die letzte Kremlflagge und weitere Fragmente der Trennung Deutschlands besichtigen.

Samstag, 3. November 2007

Bei einem Besuch des **Wissenschaftsstandorts Adlershof** am Samstag erläuterte **Thomas Krupke, Vorstandsmitglied der Solon AG**, die Vorzüge der Solarenergie. Die Firma ist bereits sehr erfolgreich auf dem internationalen Markt aktiv und damit ein gutes Beispiel für die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft in Adlershof.

Zunächst wurde uns der Standort Adlershof kurz vorgestellt. Der Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Adlershof, WISTA, befindet sich im Berliner Ortsteil Adlershof im Bezirk Treptow-Köpenick. Die neue Wissenschaftsstadt wurde als eigenständiges Projekt der Expo 2000 unter der Projektbezeichnung Berlin Adlershof – Stadt für Wissenschaft, Wirtschaft und Medien errichtet und misst eine Fläche von 4,2 Quadratkilo-

metern. Mittlerweile sind 739 Firmen mit insgesamt 12.700 Mitarbeitern in Adlershof untergebracht. Den Kern von Adlershof bildet ein Wissenschafts- und Technologiepark mit 400 Unternehmen und 12 außeruniversitären wissenschaftlichen Instituten. Hinzu kommen 6 naturwissenschaftliche Institute der Humboldt-Universität zu Berlin mit mehr als 6.000 Studenten.



Die im WISTA tätigen Unternehmen und außeruniversitären wissenschaftlichen Institute konzentrieren sich größtenteils auf vier Technologiefelder, und zwar Photonik und Optische Technologien, Material- und Mikrosystemtechnologie, Informations- und Medientechnologie und, was heute besonders aktuell ist, Umwelt-, Bio- und Energietechnologie.

Im Anschluss an diese Standortinformationen präsentierte uns Herr Krupke das Unternehmen SOLON AG. Nach einem kleinen beeindruckenden Werbefilm berichtete er über die Geschichte, Technologie und Entwicklung des Unternehmens. Die SOLON AG wurde 1997 gegründet und beschäftigt mittlerweile 550 Mitarbeiter weltweit. SOLON ist einer der größten Produzenten von Photovoltaikmodulen in Europa. Photovoltaik ist die Technologie, die es ermöglicht, Sonnenlicht in Strom umzuwandeln. Durch den Einsatz innovativer Technologien setzen die Produkte von SOLON branchenweit Maßstäbe für Qualität und Effizienz. Die SO-

LON-Gruppe ist mit Tochtergesellschaften in Deutschland, Österreich, Italien und der Schweiz vertreten. Bei der SOLON PV GmbH in Berlin und der SOLON Nord GmbH in Greifswald ist die Solarmodulproduktion angesiedelt. Die seit August 2005 zur Unternehmensgruppe gehörende HTC GmbH mit Sitz in Steinach am Brenner hat sich auf den Bau solarer Kraftwerksanlagen spezialisiert. Die Schweizer Tochterfirma asp ag ist im Bereich der Systemtechnik tätig und stellt Sinuswechselrichter her. Durch die Übernahme des italienischen Modulherstellers S.E. Project ist SOLON auch im wachsenden italienischen Markt vertreten.

Herr Krupke informierte, dass das Unternehmen einer der größten Solarmodulproduzenten in Europa und führender Anbieter von intelligenten Photovoltaiklösungen für Großprojekte sei. Nach seiner Einschätzung würden immer mehr Menschen im Einsatz der Photovoltaik eine leistungsfähige und wirtschaftlich vernünftige Alternative zur Erzeugung von Strom aus fossilen Energieträgern oder aus Atomkraft sehen.

Das Unternehmen entwickelt sich rasch, z.B. ist der Umsatz in den ersten 9 Monaten des Jahres 2007 bereits um 53% größer als in den ersten 9 Monaten in 2006 und beträgt ca. 334 Mio. Euro. Zu den Referenzprojekten des Unternehmens gehört das Auswärtige Amt in Berlin, die Kreditanstalt für Wiederaufbau, das Bundesverkehrs- und das Bundeswirtschaftsministerium sowie weitere renommierte Gebäuden in Berlin und weiteren Städten.

Die Präsentation der Solon AG war so beeindruckend, dass einige Teilnehmer später hinter den Kulissen über die private Nutzung von Solarmodulen diskutierten.

Am Nachmittag setzte sich das Konferenzprogramm im Bürogebäude von CMS Hasche Sigle fort.



Anton Klotz, gebürtiger Este, berichtete sehr engagiert über die **Aktuellen Beziehungen zwischen Russland und Estland** und über die „Geschichte vom Bronzenen Soldaten“; Ereignisse im Frühjahr 2007, die in die Historie des jungen EU-Mitgliedlandes eingehen werden. Auslöser dieser Ereignisse war die Verlegung des bronzenen Soldaten, also eines der Roten Armee gewidmeten Denkmals, von dem zentral gelegenen Hügel Tõnismägi auf einen Militärfriedhof außerhalb der Stadt Tallinn. Diese scheinbar unbedeutende Entscheidung der estnischen Regierung hatte verheerende Folgen: Die Hauptstadt wurde von schwersten Unruhen seit der Unabhängigkeit Estlands mit Dutzenden Verletzten, mindestens einem Toten, Hunderten Festgenommenen und Schäden in Millionenhöhe erschüttert; zwischen Estland und Russland brach ferner ein „Wirtschaftskrieg“ aus.

Als entscheidende Gründe für diese Entwicklungen nannte Herr Klotz die unterschiedlichen estnischen und russischen Interpretationen der Ereignisse des 2. Weltkrieges und der Nachkriegsjahre bis zur Unabhängigkeit Estlands sowie die verfehlte estnische Integrationspolitik gegenüber den nationalen Minderheiten und insbesondere den in Estland lebenden Russen. Außerdem bot die Krise um den „bronzenen Soldaten“ eine willkommene Gelegenheit zur Profilierung der national gesinnten Machteliten beider Länder. Diese politische Krise mit schweren wirtschaftlichen Folgen wurde zudem durch die Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Bau der „Nord Stream“-Pipeline durch die Ostsee verstärkt. Alles in al-

lem ist nach Ansicht von Herrn Klotz eine nennenswerte Entspannung im estnisch-russischen Verhältnis nicht möglich, solange die gleichen politischen Akteure an der Macht seien.



Der umfassende Vortrag, in dem Herr Klotz die zu diesem Thema vertretenen Meinungen darstellte, löste eine rege Diskussion unter den Zuhörern aus. Das Verhältnis Russlands zu ehemaligen Sowjet-Republiken und insbesondere denen, die sich bereits einem neuen Verbund, der EU, angeschlossen haben, sowie die Rolle der Sprache als Machtinstrument standen im Mittelpunkt dieses Meinungsaustausches. Als Fazit aus diesen Ereignissen bleibt festzuhalten: Die Regeln des Zusammenlebens der erweiterten EU und der Russischen Föderation müssen noch in mühsamen Auseinandersetzungen, u.a. mit den tief liegenden geschichtlichen „Altlasten“, festgelegt werden.

Werner Hummel, Havarie-Sachverständiger von Marine Claims Partner (Germany) GmbH berichtete über die **Aktuelle Entwicklung der Untersuchungen zum Untergang der Estonia:**

In der Nacht vom 27. auf den 28. September 1994 befand sich die unter estnischer Flagge fahrende Passagierfähre „Estonia“ auf der Fahrt von Tallin nach Stockholm, als das Schiff um 0:55 Uhr einen Notruf absetzte. Doch bevor noch eines der vielen in der Nähe stehenden Schiffe in der stürmischen See zur Hilfe eilen konnte, war die Fähre bereits gekentert und gesunken. Von den rund 1.000 an Bord befindlichen Passagieren wurden nach offiziellen An-

gaben nur 237 Menschen gerettet. Der Untergang der „Estonia“, die als Symbol für das unabhängige Estland galt, zählt zu einer der größten Schiffskatastrophen weltweit und bis heute ist nicht eindeutig geklärt, wie es zu dem Unglück kommen konnte.

Werner Hummel, ehemaliger Kapitän und Havarie-Sachverständiger, erläuterte anhand des Abgleichs von offiziellen Aufzeichnungen, Wetterberichten, Zeugenaussagen, Fotos und Filmmaterial, was in jenen Minuten zwischen dem ersten SOS-Ruf und dem Sinken der „Estonia“ geschehen sein mag. Er vermittelte damit ein eindrückliches Bild der zur Rekonstruktion eines Schiffsunglücks notwendigen akribischen Zusammenstellung und Bewertung von Fakten und Indizien.



Denn auch dreizehn Jahre nach den Ereignissen scheint ungewiss, wer für das Unglück zur Verantwortung zu ziehen ist. Der offizielle Untersuchungsbericht kam zwar zu dem Schluss, dass ein Konstruktionsfehler für den Untergang des Schiffes ursächlich gewesen sei: Demnach habe die „Estonia“ in der schweren See ihr Bugvisier samt Bugrampe verloren, so dass wegen eines fehlenden Sicherheitsschotts in kurzer Zeit große Mengen Wasser ungehindert in das Autodeck hatten eindringen können. Eine Erklärung, die aufgrund vorhergehender Beinahe-Unfälle anderer Fähren plausibel klang, doch unter Schifffahrtsexperten bezweifelt wird. Vielmehr deuten die von Herrn Hummel angestellten Untersuchungen darauf hin, dass unter anderem eine Kette von Fehlleistungen und Schlamperei zu der Katastrophe geführt haben. In den Wirren der Transformationsprozesse um die Herausbildung des unabhängigen Estland

hätten es die zuständigen Stellen mit der Einhaltung von Vorschriften und Sicherheitsbestimmungen offensichtlich nicht sehr genau genommen: Wegen gravierender Wartungsmängel hätte die „Estonia“ seiner Ansicht nach den Hafen von Tallin erst gar nicht verlassen dürfen.

Nun soll ein „Sinkgutachten“, dessen Fertigstellung für März 2008 erwartet wird, Klarheit darüber schaffen, wie jene 11.000 Tonnen Wasser so rasch in das Unterdeck gelangen konnten, durch die das Schiff bereits gut eine Stunde nach dem ersten Notruf in der Ostsee versank. Die Zahl der Geretteten hätte wesentlich höher liegen können, wenn sich die Fähre – wie es schiffbaulich zu erwarten gewesen wäre – in gekentertem Zustand noch für längere Zeit kieloben über Wasser gehalten hätte.

Es bleibt zu hoffen, dass mit diesem Gutachten dann für die Angehörigen der Opfer wie für die Geretteten nachvollziehbar wird, was in jenen Minuten wirklich geschah. Denn sie warten bis heute auf eine Entschädigung.

Sonntag, 4. November 2007

Am 4. November 2007 waren die TeilnehmerInnen der Club FORUM Konferenz zu Gast im **Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)** in Berlin-Mitte. Empfangen wurden die TeilnehmerInnen von **Dr. Lars Handrich**, ebenfalls ein Club FORUM-Mitglied, der über das Institut sowie insbesondere über das Engagement desselben in der Ukraine referierte.



Das DIW ist das älteste deutsche Wirtschaftsforschungsinstitut. Markenzeichen und Kerngeschäft des DIW ist die Konjunkturforschung. Das DIW ist das erste Forschungsinstitut, das eine Beratergruppe gegründet hat, die weltweit Beratungsprojekte betreut u.a. in Russland und der Ukraine (siehe auch die Webseite des DIW <http://www.diw.de>).

Die Beratung der ukrainischen Regierung begann 1994 auf Anfrage des damaligen Präsidenten Kutschma. Es ging seinerzeit um die Einführung einer eigenen Währung in der Ukraine. 1999 hat das DIW sich aus der Ukraine zurückgezogen, seine Beratungsergebnisse jedoch als „Vermächtnis“ in Buchform hinterlassen. Dieses machte der 2000 zum Ministerpräsidenten ernannte Viktor Juschtschenko zu seinem Regierungsprogramm, unterstützt von seiner damaligen Vize-MP Julia Timoschenko. Beide wurden 2001 „gestürzt“.

Die Arbeit der Beratergruppe des DIW bestand/besteht darin, Kontakt zu halten zu denjenigen Personen, die sich in verantwortungsvollen Positionen befinden. Es handelt sich dabei um ca. 100 Personen, Generalisten, die auf diesen Positionen rotieren, da die Basis für die Bildung wirtschaftspolitischer Eliten in der Ukraine noch sehr gering ist.

Im Anschluss an diese zunächst kurze Vorstellung des DIW beantwortete Lars Handrich ausführlich die vielseitigen Fragen aus den Reihen der Konferenzteilnehmer, von denen an dieser Stelle nur ein kurzer Auszug wiedergegeben werden kann. Auf Nachfrage, wie sich die Politikberatung finanziere, teilte der Referent mit, dass die Finanzierung durch das BMWi erfolge. Das DIW arbeite nichtkommerziell. Es handele sich bei den Beratungsleistungen für ausländische Regierungen quasi um eine Form der Entwicklungshilfe durch den deutschen Staat. Deutschland habe als zweitgrößter Handelspartner der Ukraine – nach Russland – ein großes Interesse an der Entwicklung des Landes.

Auf die Frage, ob man in der Beratung wirklich frei sei von eigenen (politischen) Interessen, stellte Lars Handrich klar, dass das DIW Forschung betreibe und auf Basis von Forschungsergebnissen objektiv berate.

Ferner wurde die Frage gestellt, welche Länder außer Deutschland die ukrainische Regierung beraten würden. Früher, kurz nach der Unabhängigkeit, seien nach Ansicht von Lars Handrich sehr viele Länder vor Ort gewesen. Heute seien es neben Deutschland vor allem die USA, die in der Regel Projekte mit sehr viel Geld unterstützen, diese dafür jedoch auf maximal 3 Jahre begrenzt seien. Nach Ansicht des Referenten schätze man am deutschen Engagement demgegenüber, dass die Deutschen permanent vor Ort seien und nachfrageorientiert beraten würden, d.h. 75% der Beratungsprojekte gingen von Anfragen der ukrainischen Regierung aus. Daneben würden zudem EU-Projekte (TACIS) laufen. Im Bereich der Landwirtschaft sei Kanada sehr engagiert (in Kanada lebt übrigens die größte Gruppe der Exilukrainer). Lars Handrich fügte hinzu, dass in letzter Zeit besonders die Polen versuchen würden, sich einzubringen, sowie auch die Russen.

-Auf die Frage, ob die aktuelle Regierung in Kiew tatsächlich das Sagen habe oder ihr Einfluss abnehme je weiter man in die Regionen komme, meinte Lars Handrich, dass der Zentralisierungsgrad in der Ukraine sehr hoch sei. Die Gouverneure würden vom Präsidenten eingesetzt und die Budgetressourcen würden vom Zentrum aus gesteuert. Mit Ausnahme der reichen Kohleregion Donezk hätten die Regionen in der Ukraine wenig Autonomie, so der Referent.

Natürlich wurde auch die Fußball-WM in Polen und der Ukraine in diesem Gespräch thematisiert und deren erfolgreiche Durchführung in Frage gestellt. Lars Handrich erwähnte daraufhin, dass hinter jedem Fußballclub in der Ukraine ein Milliardär stehe, der ein Interesse an der WM habe (Investitionen). Was (noch) fehle, sei die Infrastruktur (Hotels etc.). Die größte

Herausforderung seien dabei die Entfernungen, die zwischen den Austragungsorten liegen würden und zum Beispiel für die Beförderung von Fans zu bewältigen seien.

Auf die abschließende Frage, wann mit politischer Stabilität in der Ukraine zu rechnen sei, zog der Referent zur Illustration der Situation in der Ukraine ein Vergleich mit Italien heran. Lars Handrich hob hervor, dass sich das Land trotz ständig wechselnder Regierungen entwickle. Entscheidend dafür sei die wirtschaftliche Stabilität und diese sei gegeben. Die wichtigsten Impulse für die ukrainische Wirtschaft würden nach Ansicht von Lars Handrich a) aus der weltweiten Nachfrage nach ukrainischen Produkten, z.B. Stahl und b) aus dem privaten Verbrauch kommen. Und diese beide Faktoren seien stabil.

Nach der Mitgliederversammlung fanden wir uns zusammen zu einer **Podiumsdiskussion zum Thema „Osteuropa – viel besprochen, wenig beliebt. Chancen und Perspektiven zur Intensivierung der Beziehungen zu Osteuropa“ mit Regine Kayser, Geschäftsführerin der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch** mit Sitz in Hamburg **und Stefan Melle, Leiter des Deutsch-Russischen Austauschs** mit Sitz in Berlin. Die Moderation übernahm anstelle der kurzfristig verhinderten Dr. Heike Dörrenbächer unser Clubmitglied Sebastian Welter von „Arbeit und Leben“.

Nach Regine Kayser sei es bezeichnend, dass hinter „wenig beliebt“ im Thema ein Punkt und kein Fragezeichen stehe. In der Tat sei das Interesse bei deutschen Jugendlichen an Russland eher zurückgegangen und das Russlandbild sei vor allem geprägt von Klischees wie sibirische Kälte und Wodka sowie Negativbildern wie Wohlstandsschere, Demokratierückgang, Fremdenfeindlichkeit. Die Aufgabe der Stiftung bestehe nach Regine Kayser vor allem darin, Jugendliche zu motivieren, sich gegenüber dem anderen Land zu öffnen. Die Stiftung habe ein Budget von € 600.000 für den Schüleraustausch und € 1,5 Mio. für den Jugendaustausch. Insge-

samt hätte die Stiftung in den anderthalb Jahren ihres Bestehens bereits 10.000 Menschen in beiden Richtungen bei Besuchen unterstützt. Nur durch gegenseitige Begegnungen entstehe ein differenzierteres Russlandbild. So hätten fast alle Jugendlichen nach einer Russlandreise die Gastfreundschaft als sehr positiv hervorgehoben.

Dem stimmte Stefan Melle zu. Es erfordere eine lange und teils mühsame Arbeit, das Russlandbild an deutschen Schulen zu verbessern. In der Praxis habe sich gezeigt, dass die Jugendlichen vor allem mit russischer Musik, Essen und neuen Medien, wie selbst gedrehten Videos, begeistert werden können. Dabei dürfe das Russlandbild jedoch nicht künstlich geschönt, sondern müsse differenziert wiedergegeben werden. Die Aufgabe des Deutsch-Russischen Austauschs bestehe in der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit. In den 90-iger Jahren seien dies noch soziale Projekte und der NGO-Aufbau gewesen, während man heute z.B. den Journalistenaustausch und den sog. Freiwilligenaustausch unterstütze. Sprachkenntnisse werden vorausgesetzt und die Finanzierung erfolge meist über Stiftungen. Insgesamt seien ca. 600 Jugendliche über den Freiwilligenaustausch für jeweils einen Zeitraum von 3-6 Monaten in russische Organisationen und Kultureinrichtungen vermittelt worden. Der Vororteindruck sei dabei keineswegs nur positiv. Als Negativbeispiel nannte er den jetzt laufenden Wahlkampf für die DUMA-Wahlen. In Russland sei ein ständiges Ringen zwischen Weltoffenheit auf der einen Seite und Verschwörungstheorien gegen die „Weltmacht Russland“ auf der anderen Seite zu beobachten. Hier kann der Austausch helfen, die Weltoffenheit als Selbstverständlichkeit zu leben.

Als ein Hauptproblem in der Arbeit nannte Regine Kayser, dass es auf russischer Seite keine nachhaltig finanzierte Parallelstruktur zur deutschen Stiftung in Hamburg gebe, obwohl sich Russland ebenso wie Deutschland im Regierungsabkommen verpflichtet habe, ein eige-

nes Organisationsbüro einzurichten. Als wichtigen Erfolg sieht sie es an, dass mittlerweile mehrere Schulpatenschaften zwischen Deutschland und Russland entstanden seien. Erfreulich seien auch Beiträge über den Austausch in der lokalen Presse mit Überschriften wie „Ich will in Sibirien leben.“

Nach Stefan Melle besteht das Hauptproblem auf russischer Seite in einem Grundmisstrauen gegenüber ausländischen Akteuren. Da helfe oft nur die Suche nach gemeinsamen Themen, wie Wirtschaft, demographischer Wandel, Umwelt und Sprache sowie der weitere Ausbau der Vernetzung. Der Austausch sollte auf allen Ebenen zur Selbstverständlichkeit werden.

Den Abschluss der Konferenz bildete am Sonntag eine **Führung durch das eindrucksvolle Flughafengebäude Tempelhof**, dessen Ausmaße vor allem bei einem Blick vom Dach des Hauptgebäudes beeindruckten.



Wir wurden von Herrn Merz empfangen. Herr Merz ist Mitarbeiter des Flughafens Tempelhof und führte uns für rund zwei Stunden sehr engagiert mit Berliner Schnauze und Berliner Witz durch das Flughafengebäude in Tempelhof.

Herr Merz erläuterte zunächst das beeindruckende Zahlenwerk. Das Flughafengebäude vom Flughafen Tempelhof gilt mit einer nutzbaren Fläche von rund 300.000 Quadratmetern (genau 287.540) als das drittgrößte Gebäude der Welt nach dem Pentagon mit rund 600.000

Quadratmeter und dem Raumfahrtcenter Houston mit rund 500.000 Quadratmetern. Der Flughafen Tempelhof ist der älteste noch in Betrieb befindliche Verkehrsflughafen der Welt. Er wurde am 08.10.1923 eröffnet. Der Ort war ein freies Feld, das schon seit dem 18. Jahrhundert Manövergebiet und später Exerzier- und Pardefeld des Kaisers war. Ende des 19. Jahrhunderts und Anfang des 20. Jahrhundert experimentierten dort Flugverrückte. Unter anderem hat der Flugpionier Orville Wright dort im Jahr 1919 Flugvorführungen veranstaltet. Zunächst bestand der Flughafen aus einer Holzhütte. 1933 hat Hitler dann verfügt, dass in Tempelhof als „Weltdrehkreuz der Luftfahrt“ ein gigantischer Flughafen für die „Welthauptstadt“ Berlin errichtet werden sollte. Als Architekt wurde Ernst Sagebiel beauftragt, der unter anderem das Reichsluftfahrtministerium in der Wilhelmstraße gebaut hat (bekannt nach der Wende als Gebäude der Treuhand und jetzt als Detlef-Rohwedder-Haus vom Bundesfinanzministerium genutzt). Interessant ist, dass der Architekt Ernst Sagebiel auch die Flughafengebäude in München-Riem und Stuttgart-Echterdingen gebaut hat.

Baubeginn war im Frühjahr 1936. Im Herbst 1937 war das Richtfest. Im Frühjahr 1938 waren bereits alle 9.000 Büros bezugsfertig. Kriegsbedingt kam es dann zu Verzögerungen beim Bau. Im Frühjahr 1943 wurde der Weiterbau eingestellt. Das Flughafengebäude ist äußerlich im Wesentlichen fertig gestellt, innen jedoch in großen Teilen eine Bauruine.

Das Flughafengebäude ist von vornherein in gigantischen Ausmaßen und mit riesigen Kapazitäten gebaut worden. Unter anderem beinhaltet es ein unterirdisches Wasserwerk, das während der Blockade 2/3 der Wasserversorgung von West-Berlin übernehmen konnte. Der gesamte Komplex ist sehr großzügig angelegt. Im unteren Bereich gibt es eigene Geschosse für Luftfracht und Post sowie Luftgepäck. Es gibt einen eigenen Eisenbahnanschluss.



Im Krieg ist das Gebäude erstaunlicherweise nur durch Bodenkämpfe und Vandalismus beschädigt worden. Es gab jedoch keine größeren Zerstörungen durch Bomben. Herr Merz, vermutete, dass die Alliierten den Flughafen bewusst nicht bombardieren ließen, weil sie ihn als zentrales Gebäude nutzen wollten.

Nach dem Krieg fand sich der Flughafen Tempelhof in der amerikanischen Besatzungszone wieder. Er wurde bereits seit dem 04.07.1945 mit einer Blechbahn von den Amerikanern wieder als Flughafen genutzt. Ab dem Jahre 1950 fand auch wieder ziviler Flugverkehr statt. Das Flughafengebäude wurde zunächst den Amerikanern übertragen. Die mittlere große Abfertigungshalle gelangte dann 1959 wieder zu Deutschland, während die anderen Teile unter amerikanischer Verwaltung blieben.

Das im halbrund geführte Gebäude ist von seinen Ausmaßen her gigantisch. Es hat vom Kopfbau Ost bis zum Kopfbau West eine Länge von 1.230 Metern. Das Dach ist 40 Meter breit und pfeilerlos und somit das größte freitragende Dach. Die Quergebäude sind 180 Meter breit.

Der Architekt Ernst Sagebiel hat vielfältige Nutzungen vorgesehen und konnte aufgrund der besonderen Situation eines totalitären Staates mit bombastischen Ausmaßen planen. Unter Anderem sind sehr großzügig dimensionierte Treppenhäuser vorgesehen gewesen, die auf das Dach führten, das als riesige, abfallende Tribüne konzipiert war, auf der Platz für 100.000 Zuschauer (Stehplätze) war. Nach der Vorstellung des Architekten sollten so Paraden etc. von einer großen Anzahl von Zuschauern beobachtet werden.

tet werden können. Der mittlere Bereich ist als Empfangsbereich für Prominente mit Gastronomiemöglichkeit für 1.000 Personen konzipiert gewesen. Ferner fand noch ein Ballsaal für 400 Personen platz. Nach dem Krieg bis zum Abzug nach der Vereinigung nutzen die Amerikaner das Gebäude weitgehend. Unter anderem wurden Büros zu 800 Einzelzimmern für Soldaten umgebaut und die bei den Amerikanern üblichen Einrichtungen wie Sporthalle, Sauna, Fitnessräume, Bowlingbahn, Kneipen etc. in die vorhandenen Räume installiert. Trotz durchaus großer Nutzung sind weite Bereiche des Inneren bis heute Bauruine geblieben.

Zu Beginn der Fliegerei waren keine speziellen Start- und Landebahnen erforderlich, da die Flugzeuge im wahrsten Sinne des Wortes auf der grünen Wiese aufsetzten. Nach der Blockade Westberlins sind 1948 innerhalb von 11 Wochen feste Start- und Landebahnen gebaut worden. Als zentraler Flughafen im amerikanischen Sektor ist Tempelhof während der Berliner Blockade vom 24.06.1948 bis zum 12.05.1949 zum Symbol geworden. Vor dem Gebäude befindet sich auch ein Denkmal, die so genannte Hungerharke zur Erinnerung an die Opfer der Blockade bzw. der Luftbrücke. Während der Blockade fand zu Spitzenzeiten alle 90 Sekunden ein Start/eine Landung der so genannten Rosinenbomber statt, also der Flugzeuge, die Westberlin mit dem Lebensnotwendigsten versorgten. Die Flugzeuge gehörten zu 85 % den Amerikanern und zu 15 % den Engländern.



Diese zusammengefassten Informationen erläuterte Herr Merz mit großem Enthusiasmus an den passenden Stellen bei seiner Führung durch große Teile des gigantischen Gebäudekomplexes. Wir konnten uns die Turnhalle der Amerikaner im eigentlich als Ballsaal konzipierten Kuppelraum ebenso angucken wie auf das Dach des Flughafens gehen und die Luftschutzkeller besichtigen. Ferner wurde uns ein mysteriöser Bunker der Wehrmacht gezeigt, in dem sich ein Archiv befand, das bei der Öffnung durch die Alliierten nach dem Krieg dann allerdings in Flammen aufging, sodass es Spekulation bleibt, was dort gelagert wurde.

Die Führung durch das Flughafengebäude in Tempelhof war sowohl aus historischer als auch architektonischer Sicht sehr interessant und bot zugleich viel Erlebniswert zum Abschluss einer rundum gelungenen Konferenz. Selbst Berlinern und Architekturinteressierten dürfte dieser Einblick und insbesondere die Tatsache, dass das Gebäude an so prominenter Stelle im inneren Stadtbereich von Berlin nach wie vor jedenfalls im Inneren zum Großteil Bauruine ist, nicht geläufig sein. Durch die engagierte Art mit Berliner Schnauze und Witz bildete diese Führung somit einen hervorragenden Abschluss der Konferenz.